Streit um Krippe spitzt sich zu

FEHRALTORF. Anwohner haben gegen den Bau der neuen Kindertagesstätte in Fehraltorf Rekurs eingereicht. Nach einem öffentlichen Spendenaufruf der IG Vivaldi wendet sich nun auch der Gemeinderat an die Einwohner – mit einem offenen Brief.

RAPHAEL BRUNNER

Im Konflikt um den Bau der Fehraltorfer Kita scheinen die Fronten verhärtet. Zwar wolle man sachlich bleiben, betonten sowohl die Rekurrenten als auch der Gemeinderat. Dennoch könnten die Positionen unterschiedlicher nicht sein. «Auch wenn jeder das Recht auf einen Rekurs hat – in diesem Fall fehlt mir jegliches Verständnis dafür», sagt der Fehraltorfer Gemeindepräsident Wilfried Ott. Rekurrent Stefan Thomann hält dagegen: «Wir verlangen, dass die Gemeinde unser Anliegen ernst nimmt und mit uns Lösungen diskutiert.» Wenn nicht, ziehe man den Rekurs weiter.

Lebensqualität gefährdet

Acht Parteien des Wohnhauses an der Schulhausstrasse 30 haben beim kantonalen Baugericht Rekurs eingereicht gegen den geplanten Bau der Kindertagesstätte (Kita). Diese soll auf der gegenüberliegenden Strassenseite neben dem Schulhaus Heiget zu stehen kommen. Nur äusserst knapp hat die Fehraltorfer Stimmbevölkerung im letzten Herbst dem Projekt zugestimmt. Jetzt monieren die Anwohner eine Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität durch weniger Licht, schlechtere Sicht und zusätzlichen Lärm.

Im Namen der IG Vivaldi haben Stefan Thomann und seine Mitstreiter rund hundert Haushalte im gleichnamigen Quartier angeschrieben. Auf einem Flugblatt warnen sie vor einer «unattraktiven und traurigen Strassenschlucht», die durch den Bau der Kita und weiterer Projekte auf dem dortigen Land entstehe. Zudem rufen sie zu Spenden auf, «um finanziell auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein». Das heisst: Man will fähig sein, den Rekurs im Notfall an eine höhere Instanz weiterziehen zu können.

Argumente zerpflückt

Auf dieses Vorgehen hat nun der Gemeinderat reagiert. Über einen offenen Brief wendet er sich an die Bevölkerung – via Medien, Dorfzeitung und eigene Homepage. Darin zerpflückt er die Argumente der Rekurrenten. So sei man nicht gewillt, die Kita – wie von den Anwohnern gewünscht – zwei bis drei Meter von der Strasse zurückzuversetzen. «Damit wäre niemandem gedient.» Der Platz hinter dem Haus diene als Spielwiese. Wäre er vorne an der Strasse, würde genau dies für die Anwohner zu mehr Lärm führen, heisst es in der Mitteilung. Ausserdem sei der Bau nur sechseinhalb Meter hoch und weit über zehn Meter vom Haus der Rekurrenten entfernt. Von einer Strassenschlucht könne nicht die Rede sein.

«Wer sagt denn, dass es uns nichts bringt, wenn die Kita etwas weniger nah an unser Haus zu stehen kommt», erwidert IG-Sprecher Thomann. Ihnen gehe es genau um solche Kompromisse. Den Rekurs hätten die Anwohner bewusst vorsorglich eingereicht. «Wir hofften, die Behörden kämen dann auf uns zu und wir könnten gemeinsam eine Lösung diskutieren», so Thomann.

Gemeinde will nicht diskutieren

Gemeindepräsident Wilfried Ott sieht für Gespräche schlicht keinen Spielraum. Und auch keinen Bedarf. «Wo kämen wir da hin, wenn wir jedes Bauprojekt so lange diskutieren müssten, bis es allen passt», findet er. Beim Kita-Gelände handele es sich um eine Zone für öffentliche Bauten. «Hier müssen wir im Interesse der ganzen Bevölkerung bauen. Und uns für die Zukunft unserer Kinder alle Optionen offenlassen.»

Es gelte, den dortigen Raum auch für zukünftige Schulbauten freizuhalten. «Wir können die Kita nicht beliebig hin- und herschieben. «Ausserdem haben die Vivaldi-Bewohner gewusst, dass sie neben ein Schulgelände ziehen», sagt Ott. Dass sie sich danach über Kinderlärm beschweren, könne er «überhaupt nicht verstehen».

Vorwurf der Verzögerung

Stefan Thomann kennt diese Vorwürfe. «Wir Neuzuzüger haben aber auch das Recht, dass man unsere Anliegen anhört», hält er fest. Den offenen Brief des Gemeinderats empfindet er nicht als Angriff, sondern als «erste Form einer Bereitschaft zum Austausch». Zwischen den Zeilen macht er sogar Spielraum aus.

Bei Präsident Ott klingt das anders. «Momentan gibt es nichts zu bereden.» Er will zuerst den Entscheid des Baurekursgerichts abwarten. Diesen erhofft er zwischen Ende Mai und Anfang Juni. «Fällt er für uns positiv aus, liegen wir noch im Zeitplan.» Dieser sieht die Eröffnung der Kita auf den Beginn des neuen Schuljahres im Sommer 2013 vor. «Wenn die Rekurrenten den Fall aber weiterziehen, bedeutet das eine lange und für den Steuerzahler teure Verzögerung.»

Auch das lässt Thomann nicht gelten: «Wir wollen einen Vergleich, aber die Gemeinde zögert, mit uns zu reden.» Obwohl beide Seiten betonen, dass Fehraltorf eine Kita braucht, scheint eine Lösung momentan in weiter Ferne.

Auf dieser Wiese soll die neue Kindertagesstätte zu stehen kommen: Der geplante Bau ist 6,5 Meter hoch und 10 Meter vom vordersten Anwohnerhaus entfernt. Bild: Nicolas Zonvi

EVP will Solarenergie lokal fördern

PFÄFFIKON. Die Gemeinde soll den Bau von Solaranlagen durch Private inskünftig finanziell unterstützen. Die lokale EVP hat eine entsprechende Einzelinitiative eingereicht.

GABRIELA FRISCHKNECHT

Ob Solarthermie oder Fotovoltaik: Wer inskünftig auf seinem Hausdach eine Solaranlage installiert, soll in Pfäffikon einen Förderbeitrag von der Gemeinde erhalten. Dies verlangt die Solar-Initiative, welche die EVP Pfäffikon beim Gemeinderat eingereicht hat. Dabei haben eigene Erfahrungen den Ausschlag für die Einzelinitiative von Ursula Longatti, Daniel Sigrist, Samuel Berger und Christian Weidmann gegeben, wie EVP-Präsidentin Ursula Longatti erklärt. Sowohl sie als auch Samuel Berger installierten auf ihren Liegenschaften eine Solaranlage. «Wir stellten fest, dass die Gemeinde Pfäffikon, im Gegensatz zu anderen Energiestädten, solche Vorhaben nicht unterstützt», sagt Ursula Longatti. «Das ist uns unverständlich.» Überzeugt vom Nutzen für Umwelt und Gesellschaft hätten sie ihre Anlagen trotzdem gebaut. Die Präsidentin der lokalen EVP nennt die politische Situation als weiteren Grund für die Initiative. «Nach dem vom Parlament beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie müssen Alternativenergien dringend gefördert werden.»

Zu wenig von Bund und Kanton

Wie Longatti erklärt, genügen die Anreize des Kantons für Solarthermieanlagen offenbar nicht. Sie ist überzeugt, dass sich sonst mehr Liegenschaftsbesitzer dafür entscheiden würden. Unbefriedigend sei die Situation auch bei Fotovoltaikanlagen. «Diese Anlagen sind nur attraktiv, wenn man ins Programm des Bundes für kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) kommt.» Will heissen, wer mit seiner Fotovoltaikanlage Strom produziert und ihn ins Netz einspeist, erhält einen entsprechenden Beitrag. Dem Bund stehen dafür jährlich 247 Millionen Franken zur Verfügung. Allerdings könnten «bis auf Weiteres keine neuen positiven Bescheide mehr ausgestellt werden», heisst es auf der Homepage von Swissgrid der nationalen Netzgesellschaft. Mit einem kurzfristigen Abbau der Warteliste sei nicht zu rechnen.

Deshalb will die EVP nun also die Gemeinde dazu auffordern, finanzielle Anreize zu schaffen. Vorerst sechs Jahre lang soll der Gemeinderat jährlich 100000 Franken ausbezahlen. Für Solarthermieanlagen sollen pauschal 1000 Franken sowie 100 Franken pro Quadratmeter Kollektorfläche vergütet werden. Dabei gilt eine minimale Kollektorfläche von vier Quadratmetern, um die Subvention von zu kleinen und damit ineffizienten Anlagen zu verhindern. Für Fotovoltaikanlagen schlagen die Initianten eine Pauschale von 500 Franken vor sowie 500 Franken pro Kilowatt-Peak Spitzenleistung. Auch hier muss die Anlage eine bestimmte Grösse erfüllen.

Lokales Gewerbe einbinden

Den Beitrag pro Anlage will die EVP auf 10000 Franken beschränken. Grössere Anlagen sollen nur in Ausnahmefällen Geld erhalten. «Pro Jahr könnten in Pfäffikon so rund 25 durchschnittlich grosse Anlagen unterstützt werden», erklärt Ursula Longatti. «Die Technologien sind ausgereift, kurzfristig verfügbar und», streicht Longatti heraus, «sie können vom lokalen Gewerbe installiert und unterhalten werden.»

Die EVP habe seit jeher nachhaltige Vorhaben unterstützt, so Ursula Longatti. Das Thema sei zudem so umfassend, dass man nicht mehr von einem ausschliesslich «grünen» Thema sprechen könne.

Regierungsrat bewilligt Kreisel

ILLNAU-EFFRETIKON. Nun ist es endlich so weit: Im nächsten März beginnen die Bauarbeiten für einen Kreisel an der Effi-Märt-Kreuzung in Effretikon, wie die Zeitung «Der Landbote» schreibt. Der Regierungsrat hat das entsprechende Projekt sowie einen Kredit von 1,93 Millionen Franken bewilligt. Insgesamt sind Kosten von 3,86 Millionen Franken vorgesehen. Die Stadt Illnau-Effretikon übernimmt den verbleibenden, gleich hohen Anteil.

Wie der Regierungsrat in seinem Protokoll mitteilt, haben auch die hängigen Einsprachen bereinigt werden können. Die Grundeigentümer haben sie zurückgezogen. Streitpunkt waren Landabtretungen. Darauf passte der Stadtrat das Projekt an. «Es ist nun ausgegoren», sagt der zuständige Tiefbauvorstand Urs Weiss (SVP). Es habe lange Diskussionen gebraucht, «auch betreffend des Kostenverteilers», wie er sagt. Für den Kanton hätte auch eine Lichtsignalanlage gereicht. Die Stadt aber bevorzugte einen Kreisel. «Auf diese Weise können wir das Hinterbüel-Gebiet direkt ab dem Kreisel erschliessen», sagt Weiss. Dies im Hinblick auf das geplante neue Zentrum «mittim», das voraussichtlich 2014/2015 realisiert werden soll.

Verzögerung wegen «mittim»

«mittim» ist mit ein Grund, weshalb sich der Bau des Kreisels verzögert hat. Denn mit der Effi-Märt-Kreuzung sollte auch die Bahnhofstrasse aufgewertet werden. Als die Planung für «mittim» begann, stellte der Stadtrat das Projekt für die Bahnhofstrasse zurück. Nun will die Behörde eine erste Etappe realisieren, und zwar den Abschnitt zwischen dem Rosenweg und dem neuen Kreisel. Die zweite Etappe (Rosenweg bis Aparthotel Sonne) bleibt zurückgestellt, bis «mittim» fertig geplant und bewilligt ist.

Während der Bauarbeiten, die bis Dezember 2013 dauern werden, wird es zu Behinderungen kommen. Allerdings wird laut Stadtingenieur Dieter Fuchs das genaue Bauprogramm erst ausgearbeitet. Denkbar sei, dass bei der Kreuzung Illnauerstrasse/Grendelbachstrasse ein Minikreisel eingerichtet wird, um den Verkehr flüssiger zu halten. Zuerst wird nun aber im Sommer die SBB-Brücke Süd saniert. *(neh)*

IN KÜRZE

Schulpflegemitglied gesucht

WILA. Das Behördenkarussell in Wila dreht sich weiter. Für die aus der Primarschulpflege zurücktretende Sarah Caporaso sucht die Gemeinde einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin für den Rest der laufenden Amtsdauer 2010 bis 2014. Wahlvorschläge sind bis spätestens 7. Juni beim Gemeinderat in Wila einzureichen. Wählbar ist jede stimmberechtigte Person, die ihren politischen Wohnsitz im Bereich der Primarschulgemeinde Wila hat. *(zo)*

ANZEIGE